

Antrag

der Abgeordneten Dr. Dirk Spaniel, Leif-Erik Holm, Steffen Kotré, Matthias Büttner, Frank Magnitz, Andreas Mrosek, Wolfgang Wiehle, Dr. Rainer Kraft, Marc Bernhard, Peter Boehringer, Dietmar Friedhoff, Dr. Götz Frömming, Mariana Iris Harder-Kühnel, Nicole Höchst, Stefan Keuter, Jens Maier, Tobias Matthias Peterka und der Fraktion der AfD

Abgasnorm Euro 7 stoppen – Verbot des Verbrennungsmotors durch die EU verhindern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Europäische Kommission bereitet die Einführung einer neuen Abgasnorm Euro 7 vor. Diese verschärfte Abgasnorm kann bereits 2025 in Kraft treten. Mit der Neugestaltung sollen vor allem die Grenzwerte für Stickoxide so massiv gesenkt werden, dass dieses faktisch ein Verbot der Zulassung für Kraftfahrzeug-Verbrennungsmotoren innerhalb der Europäischen Union bedeuten würde. Bei der derzeit geltenden Abgasnorm Euro 6 liegen die Grenzwerte für Stickoxide bei 80 mg (Diesel) und 60 mg (Benziner) pro Kilometer. Der Vorschlag der „Advisory Group on Vehicle Emission“ sieht einen einheitlichen Grenzwert von 30 mg pro Kilometer vor (vgl. www.bild.de/bild-plus/geld/wirtschaft/wirtschaft/eu-plant-strengste-abgasnorm-allerzeiten-aus-fuer-verbrenner-motoren-ab-2025-73946480,view=conversionToLogin.bild.html sowie www.spiegel.de/auto/abgasnorm-euro-7-eine-kriegserklaerung-an-diesel-und-benziner-a-6595079c-66b6-4862-894d-9a24d6c4b661). Dieses ist technisch kaum umsetzbar und bedeutet weitgehend ein Ende der Verbrennungsmotoren-Produktion in Europa und insbesondere in Deutschland, verbunden mit dem Verlust von tausenden von Arbeitsplätzen in der Automobil- und Zulieferindustrie.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. auf EU-Ebene der Einführung einer neuen Abgasnorm Euro 7 entschieden entgegenzutreten;
2. auf europäischer Ebene darauf hinzuwirken, dass Testbedingungen sich an der Lebenswirklichkeit orientieren und nicht mit der Absicht eingeführt werden, unter extremen Bedingungen Messausnahmesituationen zu erzeugen;
3. im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft darauf hinzuwirken, dass der Verbrennungsmotor auch weiterhin eine besondere Stellung im europäischen Flottenmix einnimmt;

4. zur Erreichung sogenannter CO₂-Reduktionsziele der Fahrzeugflotten von Fahrzeugherstellern den Einsatz synthetischer, CO₂-neutraler Kraftstoffe zum Antrieb von Verbrennungsmotoren anzurechnen.

Berlin, den 20. November 2020

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Begründung

Sowohl die verschärften CO₂-Grenzwerte als auch die jetzt angedachten Verschärfungen der Stickoxid-Grenzwerte bei der Abgasnorm Euro 7 gefährden eine Zulassung von Verbrennungsmotoren bereits ab 2025. Der Verbrennungsmotor wird dabei aus zwei Richtungen bekämpft: Einerseits durch eine unnötige Verschärfung der CO₂-Grenzwerte, die bis 2030 sukzessiv angehoben werden, andererseits mit schärferen Stickoxidemissionsgrenzen. Hierbei stehen weder gesundheitspolitische noch umweltpolitische Aspekte im Vordergrund.

Die gezielte Bekämpfung von Verbrennungsmotoren und zukünftig auch Hybrid-Antrieben trifft in erster Linie die deutsche Industrie. Denn weiterhin blockiert die EU auch die Anrechnung von synthetischen Kraftstoffen auf die CO₂-Flottendurchschnittsgrenzwerte. Die Bundesregierung hat trotz ihrer Ratspräsidentschaft auf Europäischer Ebene nichts bewegt, damit die autofeindliche Politik der EU gestoppt wird, obwohl der Gestaltungsspielraum der Kanzlerin hier entscheidend sein könnte. Die verschärften Grenzwerte gefährden nicht nur Millionen von Arbeitsplätzen in Deutschland, sondern auch in anderen Mitgliedstaaten, die auf den Automobilsektor angewiesen sind. Speziell vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden europäischen Wirtschaftskrise muss die Einführung einer Abgasnorm Euro 7 gestoppt werden.

Darüber hinaus ist eine Verringerung der Schadstoffbelastung im Vergleich zur Abgasnorm 6d für die innerstädtischen Bereiche weitgehend irrelevant. Die insbesondere dort auftretenden Luftschadstoffkonzentrationen können durch heutige, nach Euro-6d-ISC-FCM-Abgasnorm (kurz Euro-6d) zertifizierte Fahrzeuge, bereits effektiv gemindert werden. Eine Erhöhung der Luftschadstoffkonzentration in relevanten innerstädtischen Bereichen und damit eine effektive Belastung der Umgebungsluft ist durch Euro-6d-Fahrzeuge nicht nachgewiesen und unwahrscheinlich. Damit ist eine weitergehende Abgasnorm nicht mit gesundheits- oder umweltpolitischen Zielen begründbar.

Die Bundesregierung bleibt aufgefordert, die massiven Bedenken der wesentlichen deutschen Industrieverbände ernst zu nehmen. Die Präsidentin des Verbands der Deutschen Automobilindustrie (VDA) bezeichnet die geplanten Vorgaben für Euro 7 als „technisch praktisch nicht zu schaffen“ und schlussfolgert: „mit der Einführung der geplanten EU-7-Norm wird die EU-Kommission Autos mit Verbrennungsmotor ab 2025 de facto verbieten“ (vgl. www.merkur.de/wirtschaft/autogipfel-dienstag-vda-vw-bmw-daimler-industrie-abgase-eu-hildegard-mueller-grenzwerte-verbrenner-zr-90101261.html).